



FOTO: JOHNERPLATFORM

Alle Macht in Schweden geht vom Volke aus, und der Riksdag ist die höchste Volksvertretung

REGIERUNG:

Das schwedische Regierungssystem

Alle Macht geht vom Volke aus. Auf dieser Prämisse basiert die parlamentarische Demokratie in Schweden. Jeder hat dieselben Rechte, die gleichen Chancen, sich Gehör zu verschaffen, und das Recht, die Herrschaftsausübung durch Politiker und Regierungsbehörden kritisch zu prüfen.

In Schweden werden im Vierjahresturnus landesweite Wahlen durchgeführt – die nächsten stehen im September 2014 an. Rund 7 Millionen Menschen in Schweden sind wahlberechtigt und haben mit ihrer Stimmabgabe Einfluss darauf, welche Partei sie im Riksdag (dem schwedischen Parlament), in den Provinziallandtagen und in den Gemeinderäten vertritt. Doch sie können die schwedische Politik auch auf andere Weise beeinflussen – indem sie an Volksbefragungen teilnehmen, einer politischen Partei beitreten oder die von der Regierung vorgelegten Berichte kommentieren.

Die schwedische Verfassung

Die schwedische Verfassung schreibt fest, wie Schweden regiert wird. Sie regelt das Verhältnis zwischen gesetzgebender und ausführender Gewalt sowie die bürgerlichen Grundrechte und -freiheiten. Die schwedische Verfassung besteht aus vier

Grundgesetzen: dem Gesetz zur Regierungsform, dem Thronfolgegesetz, dem Gesetz über die Pressefreiheit und dem Gesetz über die Freiheit der Meinungsäußerung. Das Gesetz zur Regierungsform garantiert den Bürgerinnen und Bürgern unter anderem das Recht auf ungehinderte Informationsbeschaffung, das Recht, Demonstrationen zu organisieren, das Recht, politische Parteien zu gründen, und das Recht, ihre Religion zu praktizieren. Das Thronfolgegesetz bestimmt die Erbfolge der Angehörigen des Hauses Bernadotte.

Das Gesetz über die Pressefreiheit beinhaltet den Grundsatz, der Öffentlichkeit Zugang zu offiziellen Schriftstücken zu gewähren. So soll eine offene Gesellschaft sichergestellt werden, deren Bürgerinnen und Bürger Einblick in die Arbeit von Parlament, Regierung und Regierungsbehörden haben. Ein weiterer Grundsatz des Gesetzes über die

Pressefreiheit ist die Freiheit der Veröffentlichung von Informationen: Jeder in Schweden kann der Presse Informationen weitergeben, die er als wichtig erachtet und der Öffentlichkeit mitteilen möchte. Dabei hat der Informant das Recht auf Anonymität.

Das Gesetz über die Freiheit der Meinungsäußerung, das 1992 in Kraft trat, spiegelt in weiten Teilen die Grundsätze des Gesetzes über die Pressefreiheit zum Beispiel im Hinblick auf das Zensurverbot, die Freiheit der Veröffentlichung von Informationen und das Recht auf Anonymität.

Grundrechte

Eine Änderung eines der Grundgesetze muss vom Riksdag in zwei aufeinanderfolgenden Legislaturperioden beschlossen werden. Die Grundgesetze stehen über allen anderen Statuten, und kein Gesetz darf gegen die Verfassung verstoßen. ■

WISSENSWERTES ZUM THEMA



FOTO: ULF HUETT NILSSON/JOHNER

PRESSEFREIHEIT

Schweden war 1766 das erste Land der Welt, das die Pressefreiheit einfuhrte.

WICHTIGER BEITRAGSZAHLER

Schweden ist einer der größten Beitragszahler der Vereinten Nationen und eines der wenigen Länder, die die Zielvorgabe der Vereinten Nationen erfüllen, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungshilfe aufzuwenden. Seit sich das Land 1946 den Vereinten Nationen anschloss, war die aktive Beteiligung an der Vereinigung ein zentraler Aspekt der schwedischen Außenpolitik.

AUSSENPOLITIK

Im 20. Jahrhundert verfolgte Schweden die Strategie der Allianzfreiheit bzw. im Krieg die Strategie der Neutralität. Das Land ist seit 1995 Mitglied der Europäischen Union. Als Folge der neuen globalen Sicherheitslage passete Schweden seine außenpolitische Doktrin an und spielt so auch eine aktivere Rolle bei der europäischen Sicherheitszusammenarbeit.

NATIONALE REFERENDEN

In Schweden wurden bislang sechs nationale Referenden durchgeführt. Schwedische Referenden haben lediglich konsultativen Charakter. Der Riksdag traf bis jetzt aber nur bei einer Gelegenheit eine Entscheidung, die dem Ausgang der Volksbefragung zuwiderlief: Obwohl sich das schwedische Volk 1955 gegen die Umstellung von Links- auf Rechtsverkehr ausgesprochen hatte, entschied sich die Regierung schließlich für die Einführung des Rechtsverkehrs.

Die jüngsten Volksbefragungen in Schweden:

1994: EU-Mitgliedschaft

Ergebnis: Ja

2003: Einführung des Euro

Ergebnis: Nein



FOTO: FRANK CHAMLIJAN/PROPHOTOS

Der Riksdag hat 349 Abgeordnete, die alle vier Jahre in landesweiten Wahlen von den schwedischen Bürgerinnen und Bürgern gewählt werden

Der Riksdag – die Vertretung des Volkes

Die Regierung setzt die vom Riksdag gefassten Beschlüsse um und legt dem Riksdag Gesetzesänderungen und -vorschläge vor.

Der 349 Mitglieder zählende Riksdag (dt.: Reichstag) ist Schwedens höchste Volksvertretung. Er wird auf der Grundlage des Wahlrechts für alle Staatsbürgerinnen und -bürger, die das 18. Lebensjahr vollendet haben und in Schweden wohnen oder wohnen, direkt gewählt. Seit 1971 hat der Riksdag nur eine Parlamentskammer.

Die landesweiten Wahlen zum Riksdag finden alle vier Jahre am dritten Sonntag im September statt. Wählbar sind schwedische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die spätestens am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben. Die Wahl erfolgt nach dem Verhältniswahlrecht, um sicherzustellen, dass die Sitze entsprechend der Anzahl der landesweit abgegebenen Stimmen auf die politischen Parteien verteilt werden.

Die Vier-Prozent-Hürde

Um im Riksdag vertreten zu sein, muss eine Partei allerdings mindestens 4 Prozent aller landesweit abgegebenen Stimmen auf sich vereinen. So soll verhindert werden, dass sehr kleine Parteien ins Parlament einziehen.

Derzeit sind acht Parteien im Riksdag repräsentiert: die Moderate Sammlingspartei (Moderaterna), die Christlich-Demokratische Partei (Kristdemokraterna), die Liberale Partei (Folkpartiet liberalerna), die Zentrums-Partei (Centerpartiet), Die Grünen (Miljöpartiet de Gröna), die Sozialdemokratische Partei (Socialdemokraterna), die Schwedendemokraten (Sverigedemokraterna) und die Linkspartei (Vänsterpartiet).

Ernennung des Ministerpräsidenten

Die Regierung leitet die Geschicke des Landes, ist dem Riksdag aber rechenschaftspflichtig. Der Riksdag ernennt den Ministerpräsidenten, der mit der Regierungsbildung beauftragt wird. Der Ministerpräsident wählt persönlich die Minister seines Kabinetts aus und entscheidet über die Vergabe der einzelnen Ressorts. Der Ministerpräsident und die Minister des Kabinetts bilden gemeinsam die Regierung – nicht das Staatsoberhaupt (der König) – befugt, Regierungsbeschlüsse zu fassen.

Gewöhnlich sind die Minister Vertreter der regierenden Partei oder Parteien. In vielen Fällen haben sie einen Sitz im Riksdag, den sie auch behalten, wenn sie ins Kabinett berufen werden, obwohl ein Stellvertreter ihre Pflichten im Riksdag wahrnimmt. Ein Minister, der dem Kabinett angehört, darf also an Parlamentsdebatten teilnehmen, muss sich aber der Stimme enthalten.

Bei der alljährlichen offiziellen Eröffnung des Riksdag im September gibt der Ministerpräsident seine Regierungserklärung ab, in der er die Regierungsziele für das nächste Jahr erläutert und die wichtigsten politischen Bereiche auf nationaler und internationaler Ebene definiert.

Die Aufgaben der Regierung

Die Regierung leitet die Geschicke Schwedens, indem sie die Beschlüsse des Riks- ▶

ERFAHREN SIE MEHR

DIE SCHWEDISCHEN WAHLEN UND IHRE GESCHICHTE

2010: Die regierende Mitte-rechts-Allianz gewinnt zwar vor dem rot-grünen Block, erzielt aber keine absolute Mehrheit.

2006: Das Vier-Parteien-Bündnis des bürgerlichen Lagers, die sogenannte Allianz, bildet eine Koalitionsregierung.

2002 und 1998: Die Sozialdemokratische Partei bleibt nach beiden Wahlen an der Macht, muss zur Umsetzung ihrer Politik aber eine parlamentarische Allianz mit der Linkspartei und Den Grünen eingehen.

1994: Die Sozialdemokraten bilden eine neue Minderheitsregierung.

1991: Die Moderate Sammlungspartei, die Liberale Partei, die Zentrums- und die Christlich-Demokratische Partei bilden eine bürgerliche Minderheitsregierung.

1988 und 1985: Die Sozialdemokratische Partei bleibt nach beiden Wahlen an der Macht.

1982: Der bürgerliche Block verliert seine Mehrheit, und die Sozialdemokratische Partei bildet eine Minderheitsregierung.

1979: Die bürgerlichen Parteien behalten die parlamentarische Mehrheit und bilden eine Regierung aus drei Parteien. Im Frühjahr 1981 scheidet die Moderate Sammlungspartei aus der Regierung aus.

1976: Die Sozialdemokratische Partei unterliegt einer Koalition aus Zentrums- und Moderater Sammlungspartei und Liberaler Partei.

1932–1976: Die Sozialdemokratische Partei regiert bis auf eine rund 100-tägige Interimsregierung im Jahr 1936 ohne Unterbrechung.

► dag umsetzt und neue Gesetze oder Gesetzesänderungen formuliert, über die der Riksdag befindet.

Unterstützt wird die Regierung bei ihren Aufgaben von der Kanzlei der Ministerien und über 360 Regierungsbehörden. Das Kabinett zeichnet kollektiv für alle Regierungsbeschlüsse verantwortlich. Obwohl viele Routineangelegenheiten tatsächlich von einzelnen Ministern und nur formell von der Regierung verabschiedet werden, ist der Grundsatz der gemeinsamen Verantwortung für die Regierungsgeschäfte überall zu spüren.

In ihrer offiziellen Funktion

- legt die Regierung dem Riksdag Gesetzesvorschläge vor,
- setzt sie Beschlüsse des Riksdag um,
- teilt sie die vom Riksdag bereitgestellten Gelder einzelnen Haushaltsbereichen zu,
- vertritt sie Schweden in der EU,
- führt sie Verhandlungen mit anderen Staaten,
- trifft sie Entscheidungen in Bereichen, die nicht von anderen Behörden abgedeckt sind,
- und leitet sie die Aktivitäten und Geschäfte der Exekutive. ■

Lokale und regionale Verwaltung

Die öffentliche Verwaltung Schwedens besteht aus drei Ebenen: der nationalen, regionalen und lokalen. Seit Schwedens EU-Beitritt im Jahr 1995 wird zudem die europäische Ebene immer wichtiger.

Die regionale Ebene

Schweden ist in 20 Provinzen unterteilt. Politische Aufgaben auf dieser regionalen Ebene werden von den Provinziallandtagen übernommen. Die Provinziallandtage sind für Angelegenheiten zuständig, die nicht kommunal gelöst werden können, sondern eher innerhalb einer größeren Region koordiniert werden sollten; dazu gehören insbesondere Aufgaben des Gesundheitswesens. Die Provinziallandtage haben das Recht, zur Deckung ihrer Ausgaben Einkommenssteuern zu erheben. Außerdem gibt es noch die Provinzialregierungen, die die nationale Regierung auf regionaler Ebene vertreten.

Die lokale Ebene

Auf lokaler Ebene ist Schweden in 290 Gemeinden unterteilt, die jeweils von gewählten Vertretungen geleitet werden. Die Gemeinden sind für eine Reihe von Aufgaben und Dienstleistungen zuständig, die den Wohnungsbau, das Straßenwesen, die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, das Schulwesen, die Sozialleistungen, die Altenfürsorge sowie die Kinderbetreuung

umfassen. Sie sind berechtigt, von ihren Gemeindemitgliedern Einkommenssteuern und Gebühren für verschiedene Dienstleistungen zu erheben. Die Gemeinden sind allerdings gesetzlich verpflichtet, bestimmte Grundleistungen zur Verfügung zu stellen.

Die europäische Ebene

Mit dem Eintritt Schwedens in die EU kam im Jahr 1995 als weitere Verwaltungsebene die europäische hinzu. Wie alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ist Schweden dem Acquis communautaire verpflichtet. Dazu gehören zum einen der EU- und der EG-Vertrag, zum anderen die Verordnungen, Richtlinien, Entscheidungen und Empfehlungen, die von den Organen der EU erlassen werden, sowie die Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs. Beim Entwurf und bei der Verabschiedung gemeinschaftlicher Rechtsvorschriften ist Schweden an den Entscheidungsprozessen beteiligt. Die schwedische Regierung vertritt Schweden im Rat der Europäischen Union, dem wichtigsten EU-Entscheidungsorgan. Über einige Themen, die zuvor vom Riksdag beschlossen wurden, wird nun auf EU-Ebene entschieden. ■



Drei Wahlen – drei Stimmzettel

FOTO: JOHNER

ERFAHREN SIE MEHR**GRUNDLAGEN DER SCHWEDISCHEN DEMOKRATIE**

In Schweden bildete sich die parlamentarische Demokratie in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts heraus. 1909 wurden das allgemeine Wahlrecht für Männer sowie das Verhältniswahlrecht eingeführt. 1921 wurde das allgemeine Wahlrecht auf die Frauen ausgeweitet. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Demokratie zum völlig dominierenden Konzept in der schwedischen Politik.

STAATSCHEF OHNE FORMELLE MACHT

Der durch das Thronfolgesetz bestimmte schwedische Monarch ist das Staatsoberhaupt Schwedens, das allerdings keine politische Macht ausübt und nicht am politischen Leben partizipiert. Als schwedisches Staatsoberhaupt vertritt seit 1973 König Carl XVI. Gustaf die gesamte Nation und übernimmt in dieser Eigenschaft insbesondere zeremonielle Aufgaben und Funktionen. Neben anderen Verpflichtungen ist der Monarch Versammlungsvorsitzender des Beirats für Auswärtige Angelegenheiten.

OMBUDSPERSONEN DES REICHSTAGS

Die Ombudspersonen des Reichstags (JO) befassen sich mit Beschwerden von Menschen, die der Auffassung sind, dass sie selbst oder jemand anderer von einer Behörde oder einem öffentlich Bediensteten ungerecht behandelt wurden. Die betreffende Person braucht nicht die schwedische Staatsbürgerschaft zu besitzen oder ein bestimmtes Alter zu haben; auch Kinder können sich mit einer Beschwerde an die Ombudspersonen wenden.

www.jo.se



FOTO: HENRIK MONTGOMERY/SCANPIX

Die Mitte-rechts-Allianz, v.l.n.r.: Annie Lööf (Vorsitzende der Zentrumsparlei), Jan Björklund (Vorsitzender der Liberalen Partei), Fredrik Reinfeldt (Vorsitzender der Moderaten Sammlungspartei und Ministerpräsident) und Göran Håggglund (Vorsitzender der Christlich-Demokratische Partei)

Eine neue politische Landschaft

Die landesweiten Wahlen in Schweden im September 2010 erbrachten historische Resultate. Die herrschende Mitte-rechts-Allianz besiegte zwar den rot-grünen Block, konnte aber nicht die absolute Mehrheit erlangen.

Über Jahrzehnte spielte die Sozialdemokratische Partei eine dominante Rolle in der schwedischen Politik. Während der letzten 30 Jahre wechselten die Machtverhältnisse jedoch immer wieder zwischen dieser Partei und dem bürgerlichen Block.

In den Wahlen vom 19. September 2010 wurde Fredrik Reinfeldt als erster konservativer Ministerpräsident wiedergewählt, allerdings gewann seine Mitte-rechts-Allianz nicht die absolute Mehrheit. Reinfeldts Moderate Sammlungspartei erlangte 30,06 Prozent und lag damit deutlich über dem 20-Prozent-Resultat des Jahres 2006. Die Mitte-rechts-Allianz, der auch die Liberale Partei, die Zentrumsparlei und die Christlich-Demokratische Partei angehören, erreichte 49,28 Prozent der Stimmen. In einer historischen Niederlage erzielte

die Sozialdemokratische Partei lediglich 30,66 Prozent der Stimmen. Damit lag sie weit unter den früheren Wahlergebnissen von rund 40 Prozent und auf dem niedrigsten Stand seit dem Zweiten Weltkrieg. Der rot-grüne Block – Sozialdemokratische Partei, Linkspartei und Die Grünen – gewann 43,6 Prozent der Stimmen.

Die Wahl von 2010 markierte möglicherweise den Beginn einer Ära schärferer Gegensätze in der schwedischen Politik. Mit dem damaligen Wahlergebnis musste sich Schweden in die Liste europäischer Nationen einreihen, in denen eine Partei der extremen Rechten den Sprung ins Parlament geschafft hatte. Bis dahin waren die Schwedendemokraten wegen mangelnder Wählerunterstützung nicht über die Vier-Prozent-Hürde gekommen. ■

Nützliche Links

www.government.se Schwedische Regierung und Kanzlei der Ministerien

www.manskligarattigheter.gov.se Menschenrechts-Website der schwedischen Regierung

www.riksdagen.se Das schwedische Parlament, der Riksdag

www.skl.se Schwedische Vereinigung von Kommunen und Regionen

Herausgegeben vom
Schwedischen Institut
Jüngste Aktualisierung: März 2013 TS 21
Weitere Tatsachen finden Sie auf
www.sweden.se

SI.
Swedish Institute.

Copyright: Vom Schwedischen Institut auf www.sweden.se veröffentlicht. Alle Inhalte sind durch das schwedische Urheberrechtsgesetz geschützt. Mit Ausnahme von Fotos und Illustrationen sind Vervielfältigung, Verbreitung, Ausstellung, Veröffentlichung oder Sendung des Textes in allen Medien für nichtgewerbliche Zwecke und unter Hinweis auf www.sweden.se gestattet.

Das Schwedische Institut (SI) ist eine staatliche Behörde, die damit betraut ist, im Ausland das Interesse an und das Vertrauen zu Schweden zu erhöhen. Durch strategische Kommunikation und Austausch in den Bereichen Kultur, Ausbildung, Wissenschaft und Wirtschaft fördert das SI internationale Kooperationen und dauerhafte Beziehungen zu anderen Ländern.

Weitere Informationen über Schweden: auf www.sweden.se, über die schwedische Botschaft bzw. das schwedische Konsulat in Ihrem Land oder über das Schwedische Institut, Box 7434, SE-103 91 Stockholm, Schweden
Tel.: +46 8 453 78 00, E-Mail: si@si.se
www.si.se, www.swedenbookshop.com